

Stand: 26.12.2025 03:49:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23768

"Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23768 vom 18.09.2018
2. Beschluss des Plenums 17/23851 vom 18.09.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 18.09.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Um allen Kindern in Bayern den Zugang zu Bildung von Anfang an zu ermöglichen und Familien direkt in ihrem Alltag zu entlasten, wird die Staatsregierung aufgefordert, die Elterngebühren für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege schrittweise abzuschaffen. Die hierdurch entstehenden Kosten übernimmt der Freistaat.

Begründung:

Über die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die persönliche Entwicklung, den sozialen Umgang und den weiteren Lebensweg von Kindern herrscht nicht nur in der Fachwelt seit Längerem Einigkeit. So heißt es etwa bereits im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (2005): „In der Kleinkindphase, spätestens ab dem dritten Lebensjahr, bedürfen Kinder neuer, den familialen Rahmen erweiternde und ergänzende Bildungsgelegenheiten.“ Der Zugang zu Bildung von Anfang an darf deshalb nicht an finanziellen Hürden bzw. am Geldbeutel der Eltern scheitern, sondern muss allen Kindern ermöglicht werden. Umso unverständlicher ist es, dass der Besuch einer Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege in einem reichen Land wie Bayern – im Gegensatz bspw. zum Schulbesuch – nach wie vor gebührenpflichtig ist. Denn Gebühren sind Bildungsbarrieren. Auch der Sozialbericht der Staatsregierung belegt, dass die Elterngebühren für die meisten Eltern in Bayern (69,7 Prozent) ein großes Problem hinsichtlich der Kindertagesbetreuung darstellen. Immer mehr Bundesländer gehen daher den Weg, die Kitas vollständig oder zumindest weitgehend beitragsfrei zu stellen. Das vermeintliche Gegenargument, man müsse sich zwischen Kostenfreiheit und Qualitätsausbau entscheiden, erscheint in diesem Zusammenhang keineswegs überzeugend. Denn beides ist gleichermaßen wichtig, um allen Kindern bestmögliche Chancen zu geben und Familien zu entlasten. Im Übrigen lehnte die CSU-Mehrheitsfraktion im Rahmen der Beratungen zum Zweiten Nachtragshaushalt 2018 nicht nur die SPD-Änderungsanträge zur Kostenfreiheit, sondern auch zum Qualitätsausbau ab, so dass derzeit in keinem der beiden Bereiche (dringend notwendige) Verbesserungen zu erwarten sind.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Drs. 17/23768

Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Ingrid Heckner

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Thomas Huber

Abg. Eva Gottstein

Abg. Christine Kamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayerns Eltern nachhaltig entlasten - Kostenfreie Kinderbetreuung endlich auch in Bayern! (Drs. 17/23752)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt! (Drs. 17/23768)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir starten jetzt in die heiße Wahlkampfphase und haben heute die Gelegenheit, den Bürgern noch einmal zu sagen, wie wir uns die Familienpolitik vorstellen. Wir haben dazu heute zwei Modelle diskutiert. Jetzt diskutieren wir über unser Modell der Kostenfreiheit der Kinderbetreuung. Sie als CSU wollen den Eltern Familiengeld mit der Aussage geben, die Eltern sollen selbst entscheiden können. Sie hatten in der Vergangenheit noch das Modell, Eltern nur dann Geld zu geben, wenn sie keine Kita nutzen.

Ich glaube, dass die Debatten darüber nötig und wichtig sind, dass sie aber auch den gesellschaftlichen Wertewandel und die Änderung der gesellschaftlichen Situation in den Familien draußen auf dem Land widerspiegeln. Was vor 10, vor 20 und vor 30 Jahren unstrittig gewesen ist, ist es heute teilweise nicht mehr. Heute sind wir eben an der Stelle angekommen, dass viele Eltern nicht mehr eine Oma, eine Tante oder eine Nachbarin in der Hinterhand haben, um ihr Kind dort "zwischenzuparken", wenn Mama und Papa in der Arbeit sind. Wir sind auf Strukturen angewiesen, ob wir wollen oder nicht. Diese Strukturen müssen die Kinderbetreuung begleiten und den Eltern helfen, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Keiner wird heutzutage anzwei-

fehn, dass es für Eltern wichtig ist, auf Strukturen zurückgreifen zu können. Jetzt geht es darum, wie wir mit diesen Strukturen umgehen. Entweder sollen Eltern die Kinderbetreuung selber übernehmen und die bestehenden Strukturen eher ungenutzt lassen, oder man geht offen damit um, dass es für manche Kinder von Vorteil sein kann, wenn sie in Strukturen kommen.

Ich hatte vorhin mit einer jungen Dame ein Gespräch zu dieser Thematik. Ich hatte den Eindruck, dass sie sich sehr gut auskennt. Demnach ist es für Kinder äußerst wichtig, dass sie Wertschätzung von einer Bezugsperson erfahren. Das können, müssen aber nicht die eigenen Eltern sein. Wir brauchen gut geschulte Erzieherinnen, meistens sind es Erzieherinnen, die den Kindern im Alter von ein, zwei oder drei Jahren die Wertschätzung geben. Hier kann man natürlich diskutieren, mit wie vielen Jahren ein Kind in Betreuung gegeben werden soll. Jedoch entscheidet häufig die berufliche Situation darüber, ab wann Eltern ihr Kind in die Kinderbetreuung geben müssen. Es ist wichtig, dass Kinder Wertschätzung erfahren. Im Zweifel ist es besser, wenn Kinder in einer Betreuungseinrichtung Erfolgserlebnisse haben und die nötige Wertschätzung bekommen. Eine Bezugsperson kann dem Kind sagen: Das Bild, das du gemalt hast, oder das Flugzeug, das du gebastelt hast, ist gut. Du bist ein tolles Kind. Das ist besser, als wenn ein Kind zu Hause aufgrund überlasteter Eltern oder anderer Probleme nur eine schlechte Stimmung mitbekommt und keine Wertschätzung erfährt. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass eine betreuende Oma und ein betreuender Opa froh sind, wenn sie für ein paar Stunden zum Arzt, zum Friseur oder zum Einkaufen gehen können oder sich auch nur erholen können. Wer tagsüber ein oder zwei kleine Kinder betreuen muss, der ist abends, ich will nicht sagen durchgeschwitzt, aber durchaus gefordert. Ordentliche, verlässliche und perfekt ausgestattete Betreuungsstrukturen sind gut. Aber häufig sind diese zu teuer.

Ich beginne mit der Stadt München. Kinderkrippenplätze kosten hier von etwa 400 bis 1.500 Euro pro Kind und Monat. Meine Damen und Herren, es ist eine soziale Frage, wer sich in einer Stadt wie München überhaupt noch ein Kind leisten kann. Eltern kön-

nen natürlich auch den sozialen Offenbarungseid leisten und zugeben, dass sie es nicht schaffen, und auf das Amt gehen, um die Kostenübernahme für die Kinderbetreuung zu beantragen. Mittlerweile ist dies bei 50 % der Kinder in Nürnberg der Fall. In vielen Städten wird für immer mehr Kinder die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung gewährt, weil die Eltern sozial schwach sind. Was passiert aber mit der unteren Mittelschicht? Was passiert mit Eltern, die beide arbeiten müssen? – Diese müssen die Wohnung, die 1.500 Euro aufwärts kostet, bezahlen. Diese Eltern müssen auch noch 1.000 Euro für die Krippe hinlegen. Die schaffen das schlichtweg nicht. Diese Eltern stehen jetzt vor dem Problem, entweder zuzugeben, dass sie sich ein zweites Kind nicht mehr leisten können, oder sich beim Amt zu melden und die Übernahme der Kita-Kosten zu beantragen. Einige Eltern haben kein Problem damit, beim Amt die Kostenübernahme zu beantragen, egal, was die Nachbarn sagen. Vielleicht ist die soziale Ächtung usw. in der Stadt nicht so ausgeprägt wie auf dem Land. Auf dem Land macht es schnell die Runde, wenn das Amt den Eltern den Kindergartenplatz zahlt.

Unterm Strich kommen wir zur Erkenntnis und zum logischen Schluss, dass kein Weg daran vorbeiführt, eine gewisse Kernbetreuungszeit von bis zu fünf Stunden täglich für Kinder ab einem Jahr in den Kitas kostenfrei zu garantieren. Es widerstrebt uns zu sagen, entweder Qualität oder Kostenfreiheit. Wir nehmen für uns in Anspruch, dass die bayerischen Grundschulen Qualität liefern und trotzdem kein Schulgeld kosten. Wir, die FREIEN WÄHLER, argumentieren, dass frühkindliche Betreuung auch Bildung ist. Bildung ist kostenfrei. Es ist somit egal, ob ein Kind von Eltern kommt, die Hartz IV beziehen. Es ist somit egal, ob es Eltern aus der unteren Mittelschicht sind, die beide "rödeln" müssen, um sich alles leisten zu können. Es ist somit egal, ob es das Millionärskind ist, bei dem die Eltern jeden Betrag zahlen, egal, was die Betreuung kostet.

Wir, die FREIEN WÄHLER, sind der Meinung, dass der Freistaat jetzt den Weg gehen soll, den viele andere Bundesländer bereits vorausgehen. Diese müssen natürlich nicht immer Vorbilder für uns sein. Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz – ich könnte die Liste verlängern – gewähren den Eltern eine gewisse

Kostenfreiheit für ein gewisses Stundenbudget. Sie, die CSU-Fraktion, werden an diesem Thema nicht vorbeikommen. Spätestens nach der Landtagswahl müssen Sie diesem Thema entsprechen. Bitte kommen Sie zur Einsicht. Denken Sie jetzt nach, und bieten Sie diesen Weg an. Immer mehr Eltern können nicht verstehen, warum sie bezahlen müssen und andere nicht. Sie verstehen nicht, warum der Staat nicht stärker hilft. Ihre 250 Euro im Monat sind nicht zielgenau genug. Den Eltern in der Stadt, bei denen der Krippenplatz 500 bis 1.000 Euro pro Kind und Monat kostet, ist mit 250 Euro Familiengeld nicht ausreichend geholfen. Andere nehmen das Geld vielleicht einfach so mit.

Sie haben vorher erwähnt, dass das Familiengeld für andere Staaten indexiert sei. Indexiert heißt nicht null. Sagen Sie mir: Wie ist der Index für Tschechien? Wie ist der Index für Eltern, bei denen ein Elternteil in Deutschland arbeitet? Diese Eltern werden beim Amt wohl angeben, dass das eineinhalbjährige Kind in Deutschland ist. Vielleicht ist dieses Kind auch zwei Tage die Woche in Deutschland. Aber anschließend ist es fünf Tage bei der Oma in Tschechien. Auch diese Eltern werden das Familiengeld beantragen. Wir müssen diesen Eltern dann nachweisen, dass das Kind nicht im deutschen Haushalt lebt, sondern in Tschechien. Wir werden da Gerichtsurteile erleben. Wir können das Vorgehen auch dulden und akzeptieren, dass uns diese Menschen bescheißen.

Besser ist es doch, wenn Kindern, die hier in die Krippe oder den Kindergarten gehen, Kostenfreiheit gewährt wird. Damit sparen Sie sich all die anderen juristischen Manöver. Sie sparen sich die Zahlung von Geld ins Ausland. Dasselbe Thema haben wir mit dem Kindergeld. Früher dachte man, dass den Eltern mit deutlich mehr Kindergeld geholfen sei. Jedoch stellen wir nun fest, dass immer mehr, Hunderte Millionen Euro, in andere europäische Länder überwiesen werden. Wir können das Thema von allen Seiten beleuchten.

Wir, die FREIEN WÄHLER, sind zu dem Entschluss gekommen, dass der richtige Weg ist, jetzt als Freistaat folgenden Weg zu gehen: Für Eltern soll die Kernbetreuungszeit

von bis zu fünf Stunden täglich für Kinder ab einem Jahr in den Einrichtungen kostenfrei sein. Die Eltern müssen das natürlich nicht in Anspruch nehmen.

Wir verbessern auch die Qualität der Kinderbetreuung. Euer Familiengeld kostet jährlich etwa 750 Millionen Euro. Die von den FREIEN WÄHLERN vorgeschlagene Kostenfreiheit liegt dagegen bei knapp 500 Millionen Euro. Hier können wir noch sehr viel zur Qualitätsverbesserung tun. Dahinter stehen wir. Somit können wir noch mehr für die bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen tun. Wir können die Qualität anheben, indem wir den Betreuungsschlüssel verbessern. Kinder von Flüchtlingsfamilien müssen höher eingestuft werden, damit nicht so viele in einer Gruppe der Kinderkrippe sind und damit vielleicht den Lernfortschritt behindern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Stimmen Sie der Kostenfreiheit zu, ab Herbst müssen Sie das sowieso tun. Das ist der richtige Weg.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Die Kollegin Heckner hat eine Zwischenbemerkung.

Ingrid Heckner (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Kollege Aiwanger! Habe ich Sie richtig verstanden? Sie wollen die Kostenfreiheit für die Kita anstelle des Familiengeldes? – So habe ich Sie verstanden. Dies bedeutet aber, dass Eltern, die die Betreuung mit Oma, Opa usw. zu Hause übernehmen wollen, nichts bekommen. Dafür ist dann der Kindergarten kostenfrei. So habe ich Sie verstanden.

Zweite Frage: Wissen Sie denn, wie viele ohnehin schon nichts für den Kindergarten bezahlen, weil sie unter eine gewisse Einkommensgrenze fallen? Damit wäre eine kostenfreie Kita ein Programm für Mittel- bis Besserverdienende.

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir gehen jetzt einmal den Weg der Kostenfreiheit und werden dann einen Kassensturz machen. Sie sagen, die Milliarden säßen so locker, dass Sie die Kostenfreiheit und die bessere Bezahlung hinbekommen. Wenn noch 300 Millionen Euro übrigbleiben und man nicht weiß, wohin damit, können wir Eltern mit Kindern im Alter von 12 bis 18 oder 24 Monaten noch das Familiengeld obendrauf legen. Aber ich glaube, diese Finanzspanne wird am Ende bei genauem Hinsehen nicht vorhanden sein. Damit sage ich ganz klar: Unsere Priorität ist die Kostenfreiheit. Wenn wir weitere Modelle finden, um Eltern zusätzlich zu entlasten, dann sei das so. Bei einem Kind von 12 Monaten, das noch nicht gehen kann, werden viele sagen: Lasst es noch zu Hause. Spätestens ab 18 Monaten oder 2 Jahren kippt die Argumentation des Familiengelds, das Kind zu Hause zu lassen, deutlich in Richtung Kostenfreiheit und Betreuungsstruktur. Wenn Sie für diesen Schnittbereich genügend Geld gehortet haben – das wissen wir heute nicht –, dann gönnen wir den Eltern dieses Geld. Die Kostenfreiheit hat für uns jedoch die erste Priorität.

An dieser Stelle – das möchte ich erwähnen – verstehe ich auch die GRÜNEN nicht. Sie wollen nicht die Kostenfreiheit, sondern die Qualität nach vorne stellen. Sie sagen, Qualität und Kostenfreiheit würden sich ausschließen. Ich bin der Überzeugung, dass beides nötig ist. Sie sagen, dass schon viele Familien einen kostenfreien Krippen- oder Kindergartenplatz erhalten. Ich kenne die Zahlen aus Nürnberg. Dort sind es 52 %. Ich kenne die Zahlen aus ganz Bayern nicht auswendig. Das bestärkt jedoch mein Argument. Die untere Mittelschicht fühlt sich doch veräppelt, wenn beide Elternteile arbeiten und sich bemühen, sparsam zu leben, um mit ihrem Verdienst die Kita-Gebühren zu bezahlen. Wenn ein Elternteil keinen Arbeitsplatz findet, es nervlich nicht aushält und zu Hause bleiben will, besteht Kostenfreiheit. Ihr Modell ist eigentlich leistungsfeindlich. Diejenigen, die arbeiten, werden bestraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Das ist ein Schmarrn!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deswegen fordern wir Sozialdemokraten seit Jahren und Jahrzehnten: Bildung muss kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Schrei doch nicht so!)

– Ich glaube, das Mikro ist heute so laut.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gehen Sie nicht so nah ran.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Bildung muss kostenfrei sein. Das gilt natürlich auch ganz besonders für die Kitas. Kitas sind Bildungseinrichtungen, und sie müssen kostenfrei sein. Das ist unsere tiefe sozialdemokratische Überzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit stehen wir nicht alleine. 69 % der Eltern in Bayern haben Probleme, die Gebühren für die Kita aufzubringen. Diese Zahl ist nicht erfunden, sondern findet sich im Sozialbericht der Staatsregierung wieder. Das ist auch nicht verwunderlich; denn die Kita-Gebühren hier in Bayern sind hoch, durchschnittlich 117 Euro für den Kindergarten und 175 Euro für eine Kinderkrippe. In Ballungsräumen fallen weitaus höhere Beiträge an; 500 bis 1.000 Euro sind dort Normalität. Viele Familien haben mehrere Kinder im Kindergartenalter. Sie sind zwei- oder mehrfach betroffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist mir ganz besonders wichtig: Kostenfreiheit und Qualitätssteigerung, beides ist möglich.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle gibt es kein Entweder-oder, sondern es muss ein Und geben. Der Freistaat Bayern ist eines der reichsten Bundesländer. Es kann nicht sein, dass wir bei den Kitas ganz hinten stehen. Andere Bundesländer machen es uns schon lange vor. Niedersachsen hat zum 1. August mit der Gebührenfreiheit angefangen. Hessen und Berlin haben die Kita-Gebühren weitgehend gestrichen. Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern visieren die Kostenfreiheit an. Ich habe das einmal hochgerechnet: Für die kostenfreie Kita für zwei- bis sechsjährige Kinder für circa sechs bis sieben Stunden – das ist die durchschnittliche Buchungszeit – würden im Endausbau 535 Millionen Euro anfallen. Das ist vom Freistaat Bayern als einem der reichsten Bundesländer durchaus leistbar. Die Kommunen müssen nicht belastet werden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CSU, was Sie in Bayern machen, ist wirklich kontraproduktiv. Im Nachtragshaushalt wurde kein Cent für die frühkindliche Bildung bereitgestellt. Das ist eine Schande.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen konnte die Qualität in den Kitas in den letzten Jahren auch kaum gesteigert werden. Die Gruppen sind in vielen Kitas immer noch viel zu groß.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt noch schlimmer. Bayern spart seit Jahren bei der frühkindlichen Bildung. Pro Jahr und Kind werden in Bayern hierfür 4.462 Euro ausgegeben – so die Bertelsmann-Studie. Im Bundesdurchschnitt sind es 4.778 Euro pro Kind. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sind 300 Euro mehr als bei uns in Bayern. Sehr geehrte Frau Ministerin, so sieht nämlich die Realität aus. Darauf möchte ich Sie noch einmal ausdrücklich hinweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin jetzt 15 Jahre Mitglied des Bayerischen Landtags. In dieser Zeit haben wir unzählige Anträge zur Kostenfreiheit der Kita gestellt. Ich

sehe meine Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer. Sie hat viele Jahre vor mir diesen Bereich betreut. Sie hat die kostenfreie Kita bereits in den Neunzigerjahren gefordert. Im Jahr 2016 hat meine Kollegin Doris Rauscher einen Stufenplan für Bayern erarbeitet, der zeigt, wie es möglich ist, die kostenfreie Kita in Bayern umzusetzen. Ich freue mich, dass die FREIEN WÄHLER jetzt auch darauf gekommen sind, dass die Kita kostenfrei sein muss.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, bitte beachten Sie die Uhr.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Das ist gut. Liebe CSU, besser wäre es, wenn ihr es auch endlich kapieren würdet und wir es einfach gemeinsam umsetzen würden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Aiwanger, wenn dieser Überbietungsprozess nur nicht so traurig wäre.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt uns überboten!)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, in der Begründung Ihres Antrags haben Sie uns Wahlkampfmanöver und Wahlgeschenke unterstellt. Ich richte eine ganz ehrliche Frage an Sie: Die Staatsregierung ist im März ins Amt gekommen und hat im April ihre Arbeit aufgenommen. Die Mitglieder der Staatsregierung wurden vor sechs Monaten berufen. Soll die Staatsregierung ab dem Zeitpunkt, an dem der Wahlkampf beginnt, aufhören zu arbeiten? – Sie unterstellen uns, dass alle Entscheidungen, die wir für die Familien treffen, Wahlgeschenke seien.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich, ihr hättet jahrelang Zeit gehabt!)

Herr Aiwanger, bei allem Verständnis, das ist unredlich.

(Beifall bei der CSU)

Stattdessen schlagen Sie uns ein neues Kapitel in der Wahlkampf-Episode "Freibier für alle" auf.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben es ja selber erwähnt. Was kommt als Nächstes? – Ich bin schon gespannt auf den Antrag "Abschaffung der Steuern". Der Staat nimmt dann nur noch Kredite auf, um die Leistungen für den Bürger zu erbringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Erbschaftsteuer weg! Das haben wir schon lange gefordert! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Aiwanger, ganz ehrlich, Ihre Beschreibung und auch die Wortwahl in dem Antrag lassen Rückschlüsse zu. Sie sprechen von irgendeinem Bundesland, aber nicht von Bayern. Da lese ich "familienpolitisches Desaster"; das passt besser nach Berlin. Möglicherweise bringen Sie Ihre Rollen als Bundes- und Landesvorsitzender der FREIEN WÄHLER etwas durcheinander.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich nicht!)

Vielleicht konzentrieren Sie sich wieder ein bisschen auf Ihre Aufgaben hier drinnen und nehmen nicht Berliner Verhältnisse in Bayern an.

Herr Kollege Aiwanger, in einem haben Sie aber recht. Das Einzige, was stimmt, ist die Formulierung vom Eiertanz um das Bayerische Familiengeld, den die SPD in Berlin und hier veranstaltet. Hier in Bayern jammern und in Berlin verhindern – das ist an Doppelzüngigkeit nicht zu überbieten. Meine Damen und Herren, das ist ein Schmiertheater auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt reden wir wieder von Bayern. In Bayern haben wir Leistungen für Familien entwickelt, wie sie kein anderes Bundesland hat. Herr Kollege Aiwanger, im Doppelhaushalt 2017/2018 investieren wir rund 5 Milliarden Euro für Familien. Dafür haben wir gesorgt, die CSU-geführte Staatsregierung. Da möchte ich ein herzliches Dankeschön sowohl an die Familienministerin Schreyer als auch an ihre Vorgängerin Emilia Müller und an den Finanzminister aussprechen, die letztendlich dafür auch die Grundlagen gelegt haben. Ein herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat unterstützt die Familien insbesondere durch den immensen Ausbau unserer Kitas und beschreitet erfolgreiche Wege der Qualitätssicherung. Sie haben die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Wir wollen in Bayern 2.000 neue Tagespflegepersonen und pädagogische Qualitätsbegleiter. Wir haben insgesamt fast 550.000 Kinder in 9.359 Kindertageseinrichtungen. Kein Land in Deutschland hat so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert. Von 2008 bis 2024 erreichen die Bewilligungsmittel für den Kita-Ausbau in Bayern insgesamt bis zu 1,62 Milliarden Euro. Davon sind 922 Millionen reine Landesmittel.

Herr Kollege Aiwanger, wir unterstützen die Kommunen und lassen sie bei der Erfüllung dieser Aufgabe nicht im Stich. Bayerns Kommunen haben hervorragende Förderkonditionen für die Kinderbetreuung. Die Landesmittel für die Betriebskosten erreichen allein im Jahr 2018 fast 1,7 Milliarden Euro, darunter fast 500 Millionen im U-3-Bereich.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Wir investieren weiter. Lesen Sie die Regierungserklärung durch. Stichpunktartig sage ich: Statt nur auf Gebührenfreiheit zu setzen, steigern wir lieber die Qualität der Betreuung.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Meine Damen und Herren, wir starten eine Qualitätsoffensive, und auch ihre Finanzierung muss gesichert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir schaffen bis zu 30.000 Plätze bis 2020, und wir setzen uns für eine Abdeckung der Ferien- und Randzeiten ein. Das ist auch wichtig für die Familien, die Sie angeprochen haben. – Herr Aiwanger, vielleicht hören Sie mir zu. Sie haben das vorher kritisiert. Wir schaffen die Grundlagen zur Abdeckung dieser Zeiten. Wichtig ist auch die dazu gehörende Finanzierung. Ganz ehrlich: Was bringt Ihnen die Gebührenfreiheit, wenn Sie keine Plätze haben? – Deswegen müssen wir vorher die Plätze schaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Beides!)

– Ja, beides, am besten gleichzeitig, logisch. Zusätzlich werden wir in den nächsten fünf Jahren entsprechend dem Regierungsprogramm unseres Ministerpräsidenten 2.000 Tagespflegepersonen finanzieren, damit den Erzieherinnen mehr Zeit für die individuelle Betreuung bleibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Werden, werden!)

– Ja, richtig, werden. Wir haben neben dem, was wir bereits getan haben, auch noch etwas vor. Die Regierung ist erst seit sechs Monaten im Amt, Herr Kollege, aber sie arbeitet bereits jetzt an der Zukunft.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir bauen die Betreuung sukzessive aus. Schließlich werden wir auch mit dem Bund zusammen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen. Wir hoffen, dass dann hier auch die Sozialdemokraten dabei sind. Bis 2025 sollen 10.000 Hortplätze geschaffen werden.

Herr Kollege, die volle Kostenfreiheit lehnen wir ab, weil sie qualitativ nichts bringt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fünf Stunden!)

Sie fordern fünf Stunden, die SPD fordert sieben Stunden. Wer fordert mehr? Das bringt qualitativ auch nichts. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Das ist ein alter bayerischer Spruch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann müssen wir wieder Schulgeld einführen!)

Schon jetzt weiß man aus den Bundesländern, die eine volle oder weitgehende Kostenfreiheit haben, dass dort massive Qualitätsprobleme entstehen und viele Fachkräfte fehlen. Ich habe die Bertelsmann-Studie gelesen. Frau Strohmehr, Beispiel Berlin: Hier zahlen die Eltern am wenigsten, aber dafür ist die Betreuungsqualität mit am schlechtesten. Das steht auch in dieser Studie.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Der Vorstand der Bertelsmann Stiftung, Jörg Dräger, hat gesagt, dem politischen Versprechen der Beitragsfreiheit fehle die finanzielle Substanz. Aktuell sei zu befürchten, dass die Qualität auf der Strecke bleibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir nicht.

(Doris Rauscher (SPD): Das haben wir in der Hand!)

Wir wollen in Bayern in die Qualität und in unsere Fachkräfte investieren.

(Dr. Simone Strohmehr (SPD): Warum haben Sie das dann nicht schon getan?)

Dazu gehören auch eine attraktive Bezahlung und eine attraktive Ausbildung. Eines ist doch klar: Mehr Plätze und mehr Qualität gehen nur mit gut geschulten Fachkräften; die müssen wir aber erst gewinnen. Herr Kollege, Sie haben vorher angesprochen, wie schwierig es ist, diese Fachkräfte zu bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Herr Aiwanger, der Freibier-Ansatz der FREIEN WÄHLER sendet völlig falsche Signale aus, und zwar an die heutigen Fachkräfte und an die von morgen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Früher hat die CSU mit Freibier Wahlen gewonnen!)

Die Bertelsmann Stiftung beziffert die jährlichen Kosten deutschlandweit – um auch diese Zahl zu nennen – auf 15,3 Milliarden Euro, wenn die Kitas kostenlos werden und gleichzeitig die Qualität gewährleistet bleiben soll. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch unseren Eltern in Bayern ist es wichtig, dass ihre Kinder gut betreut sind. Herr Aiwanger, Ihr Ansatz zielt auf eine billige Betreuung, nicht auf eine hoch qualitative Betreuung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Demnach wäre das letzte Kindergartenjahr auch eine billige Betreuung!)

– Dann ist das vielleicht eine Effekthascherei von Ihnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Aiwanger, ich bitte um etwas Ruhe.

Thomas Huber (CSU): Seien Sie halt einmal still; das ist ja furchtbar.

(Beifall bei der CSU)

Der Vorstand der Bertelsmann Stiftung hat auch dazu etwas gesagt: Gute Qualität in den Kitas ist Eltern wichtig und dafür sind sie auch bereit zu zahlen. Das Ergebnis dieser Umfrage von 2018 – ich zitiere –:

Trotz der Belastung durch Kita-Beiträge und Zusatzgebühren wäre – unabhängig vom Einkommen – die Mehrheit der Eltern bereit, für eine bessere Qualität noch höhere Kita-Beiträge zu bezahlen: 59 % der Eltern oberhalb, aber auch 53 % der

Eltern unterhalb der Armutsrisikogrenze würden für mehr Personal und bessere Ausstattung auch höhere Beiträge akzeptieren.

Deswegen erkläre ich Ihnen noch einmal ganz kurz unseren Ansatz: Der Freistaat Bayern leistet im letzten Kindergartenjahr einen Beitragszuschuss von 100 Euro monatlich. Das bedeutet für viele, gerade in den ländlichen Regionen, fast Beitragsfreiheit. Seit September 2018 – das haben wir heute schon mehrfach gehört – können die Familien auch das Familiengeld für die Finanzierung der Kita-Beiträge einsetzen. Diese Dinge zusammen sind uns wichtig. Sie ergeben auch ein Stück weit Wahlfreiheit. Gerade weil wir auch die Familien, die Verantwortung und das Engagement der Eltern wertschätzen und ihren Entscheidungsspielraum respektieren, geben wir Geld nicht nur für die Kinderbetreuung und Beitragsentlastung aus, sondern eröffnen den Familien auch die Möglichkeit, selbst zu entscheiden.

Der Personenkreis, der immer wieder vergessen wird, der tatsächlich auf Beitragsfreiheit angewiesen ist, wird entlastet. Schauen Sie sich die Wirtschaftliche Jugendhilfe an; die dürfen wir doch bei der ganzen Diskussion nicht vergessen: Von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe werden die Kita-Beiträge derer übernommen, die ein geringeres Einkommen haben. Liebe FREIE WÄHLER, liebe SPD, Kitas kostenlos zu stellen, hilft – die Kollegin hat es vorhin in ihrem Wortbeitrag auch angesprochen – meines Erachtens den besserverdienenden Familien.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch das sind Menschen!)

Ich leite daraus ab, dass Sie nur den besserverdienenden Familien helfen wollen. Das Familiengeld bekommen alle – hoffentlich –, wenn wir das durchsetzen, was momentan ein Bundesminister in Berlin verhindert.

Abschließend noch ein Berechnungsbeispiel: Das vielgelobte und vielzitierte Hessen – dort gilt Beitragsfreiheit – zahlt bis zur Einschulung eines Kindes 4.900 Euro. 137 Euro monatlich mal zwölf Monate mal drei Jahre ergeben gerundet 4.900 Euro. In Bayern

zahlen wir mit dem Familiengeld und mit dem bezuschussten letzten Kindergartenjahr je Kind 7.200 Euro bei ein und zwei Kindern und rund 7.800 Euro ab dem dritten Kind.

Jetzt können Sie an dem Beispiel von Hessen und Bayern selbst errechnen, in welchem Bundesland die Familien besser fahren. Ich gebe Ihnen die Antwort: die Familien in Bayern. Wir haben ein Gesamtkonzept; das sind ja nicht nur einzelne Bausteine. Wenn man sich dieses Gesamtkonzept anschaut, so sieht man: Kein anderes Land unterstützt seine Familien in dieser Art und Weise. Angesichts der Gesamtleistungen – Ausbau, Kinderbetreuung, Investitionskostenzuschüsse, Kindergartenbeitragszuschuss im letzten Jahr und jetzt auch das Bayerische Familiengeld – fahren die Familien in Bayern besser.

Liebe Kollegen von der SPD, in Ihrem Antrag steht, Bayern solle Familienland Nummer eins werden. Ich sage: Wir wollen, dass Bayern Familienland Nummer eins bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Die Kollegin Gottstein erhält das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Huber, fangen wir bei Ihrem Beispiel, bei den 7.200 Euro in Bayern im Vergleich zu den 4.900 Euro in Hessen, an. Die Praxis zeigt halt, dass ich, wenn ich dieses Geld für mein zwei- oder dreijähriges Kind bekomme, es nicht aufhebe, bis das Kind in den Kindergarten kommt.

Zum anderen bitte ich Sie um gewisse Vorsicht im Umgang mit Zahlen. Sie sagen, die anderen Bundesländer gäben viel weniger aus. Das muss man dann einfach grundsätzlich auf ein Kind herunterrechnen; denn man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Sie argumentieren, Sie wollten Qualität und wir würden ohnehin keine Fachkräfte bekommen. Da frage ich mich, warum Sie nicht unser Schulsystem kostenpflichtig machen; denn wir haben momentan auch nicht genügend Grundschullehrer. Die würden wir dann ja auch anderweitig bekommen.

Auch argumentieren Sie, wir wollten nur die Besserverdienenden unterstützen. Somit unterstützen Sie mit dem jetzigen Schulsystem auch nur die Besserverdienenden; denn ab der Grundschule kostet die Bildung nichts.

Wenn ich sage, Bildung ist wichtig, dann ist sie ab dem Moment, ab dem Bildung erforderlich ist, bereitzustellen.

(Lachen der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Immer wenn Sie sagen, Sie täten in der letzten Zeit so viel, vergessen Sie, dass Sie bis vor 20 Jahren negiert haben, dass man in Bayern überhaupt frühkindliche Bildung braucht. Sie und ich waren nicht allein in einem Kreistag. Die CSU-Meinung war ganz klar: In unserem anständigen Bayern bleibt die anständige Mutter zu Hause. Wir brauchen keine Kinderkrippen und keine Kindergärten.

(Zurufe von der CSU)

– Ich zeige Ihnen die Protokolle von Sitzungen in Kreistagen vor 20 Jahren. Das war so.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Ich warte darauf, dass Sie letztendlich auch hier Einsicht zeigen, ähnlich wie beim G 9. Als Sie noch gar nicht im Landtag waren, wurde auch darüber diskutiert.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Dann habe ich noch die Schlussfrage, ob Sie es richtig finden, dass, weil man es hier relativ willkür-

lich und nicht wie im Schulbereich zentral macht, bei Ihnen im südlichen Oberbayern der Anstellungsschlüssel 1 : 7,5 und in Oberfranken 1 : 10,7 beträgt, und ob es eine Begründung hierfür gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Thomas Huber (CSU): Frau Kollegin Gottstein, ich glaube, auf die Zeit vor 20 Jahren brauche ich nicht einzugehen.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

– Frau Kollegin Gottstein, vor 20 Jahren war die Situation wohl noch eine ganz andere. Das können Sie wahrscheinlich aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer damaligen Zeit im Schuldienst, viel besser bewerten. Aber dies heute in Verbindung mit unserer Zielsetzung als Argument zu erwähnen? – Wir sind doch diejenigen, die die Wahlfreiheit für unsere Familien schaffen, selbst zu entscheiden, ob sie das Geld für die Betreuung zu Hause oder für die Betreuung in einer Kita verwenden wollen. Das habe ich im Zusammenhang mit dem Antrag ausführlich dargestellt.

Nun zum Thema Lehrer. Ganz ehrlich: Woher nehmen, wenn nicht stehlen? – Sie haben das südliche Oberbayern genannt. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht zu erklären, dass hier im Ballungsraum München wirklich die größte Herausforderung besteht, entsprechende Fachkräfte zu bekommen. Das ist nicht nur im Schulbereich und im öffentlichen Dienst so, sondern auch in vielen anderen Bereichen.

Beim Anstellungsschlüssel sind wir meiner Ansicht nach auf einem guten Weg. Wir haben hier schon einiges gemacht. Den Rest entscheiden die Träger!

Zu den anderen Fragen verweise ich auf das Regierungsprogramm; hier steht, dass wir viele Verbesserungen durchführen wollen.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist keine Antwort! Warum 7,5 und 10,7?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kinder und insbesondere unsere Kleinsten gehören in den Mittelpunkt unserer Politik. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung ist von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung unserer Kleinsten, und die Kindertagesstätten sind unverzichtbare, wichtige Lern- und Erfahrungsorte. Eine gute Ausstattung unserer Kindertagesstätten und -krippen ist eine wichtige Voraussetzung für eine chancengerechte Gesellschaft, in der die soziale Herkunft der Eltern eben nicht mehr über die späteren Bildungschancen der Kinder bestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie ist auch der Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Unterstützung von Alleinerziehenden und für die Bekämpfung von Familien-, Alters- und Kinderarmut.

Wir brauchen hier in Bayern als Erstes einen schnellen, bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau der entsprechenden Angebote. Gebührenfreiheit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nützt denen nicht, die kein Angebot haben.

In Bayern liegt der tatsächliche Ausbaubedarf nach wie vor deutlich über den Ausbauplanungen von Bund und Ländern. Das Deutsche Jugendinstitut hat bereits 2015 errechnet, dass 43 % der Eltern von Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz suchen, dass aber derzeit in Bayern leider nur 27 % einen solchen Platz finden. Bayern ist beim Ausbau vom Bedarf meilenweit entfernt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass der Ausbau regional extrem unterschiedlich ist. Vielleicht noch eine Zahl, um zu zeigen, wie weit wir hier in Bayern sind: Von den zehn Landkreisen mit den niedrigsten Betreuungsquoten in Deutschland befinden sich neun in Bayern.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Hört, hört!)

In Bayern fehlen mindestens 30.000 Betreuungsplätze im U-3-Bereich. Hinzu kommt, dass viele Eltern auf Ganztagsplätze oder ausreichende Betreuung in den Randzeiten angewiesen sind. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende, die mit einem Fünf-Stunden-Angebot in der Regel nicht berufstätig sein können. Ein ausreichendes Angebot fehlt in vielen Regionen Bayerns bei Weitem. Das Bayerische Sonderausbauprogramm für den Krippenbau ist im Jahr 2014 ausgelaufen. Seither stagniert der Ausbau. Es geht nicht viel voran. Bayern hat seine Kommunen und seine jungen Eltern bei der Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots in den letzten Jahren im Regen stehen lassen.

Wir sagen: Der Freistaat muss seine Kommunen und seine jungen Eltern durch den Ausbau und durch den Betrieb der Kindertagesstätten besser unterstützen. Er muss zudem die Betriebskostenförderung erhöhen. Er muss die Kommunen weiterhin entlasten, und zwar durch eine entsprechende Förderung des Kostenersatzes für Bedürftige. Wir haben von Herrn Aiwanger gehört, wie viele davon betroffen sind. Der Freistaat muss auch bei den Betreuungskosten Entlastungen durch entsprechende Berechnungen bei den Schlüsselzuweisungen vornehmen. Er muss ein Sonderinvestitionsprogramm und ein bedarfsgerechtes Förderprogramm für die Öffnung von Randzeiten auflegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem müssen wir dringend die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen unserer Erzieherinnen verbessern. Außerdem müssen wir die Fachkraft-Kind-Relation, also den Stellenschlüssel in unseren Einrichtungen, anheben. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern hat sich in Bayern die Fachkraft-Kind-Relation in den letzten Jahren kaum verbessert. Auf eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft in einer Kindertagesstätte kommen in Bayern 8,8 Kindergartenkinder und 3,8 Krippenkinder. Damit liegt Bayern deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer.

Für eine hochwertige Betreuung müssen nach der Berechnung der Bertelsmann Stiftung 8.800 zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Auch die nötigen Erzieherinnen müssen gewonnen werden. Diese können wir nur gewinnen, wenn deren Arbeitsbedingungen verbessert werden, sodass sie das Gefühl haben, sie könnten diesen Job stemmen, ohne sich nach sieben Jahren ausgebrannt zu fühlen.

Unsere Erzieherinnen brauchen ausreichend Zeit für Sonderaufgaben. Das ist in unserem BayKiBiG überhaupt nicht geregelt. Die Erzieherinnen brauchen mehr Zeit für Weiterbildung und Elternarbeit, und die Leiterinnen brauchen mehr Zeit für ihre Leitungsaufgaben; denn die Zeit für Leitungsaufgaben spielt eine entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung der Qualität unserer Einrichtungen.

Wir müssen diese Aufgaben stemmen und lösen. Erst dann haben die Eltern etwas von der Beitragsfreiheit. Wir sagen: Der Ausbau des Angebots und der Qualität der Betreuung sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen müssen jetzt kommen. Diese Punkte dürfen nicht länger aufgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23752 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER sowie Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23768 abstimmen. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt, und der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namenlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Rosenthal, Kohnen und anderer und Fraktion (SPD), "Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden!", auf Drucksache 17/23751 bekannt. Mit Ja haben 42, mit Nein 66 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 9 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)